

AK-Fakten öffentliche Finanzen 2026

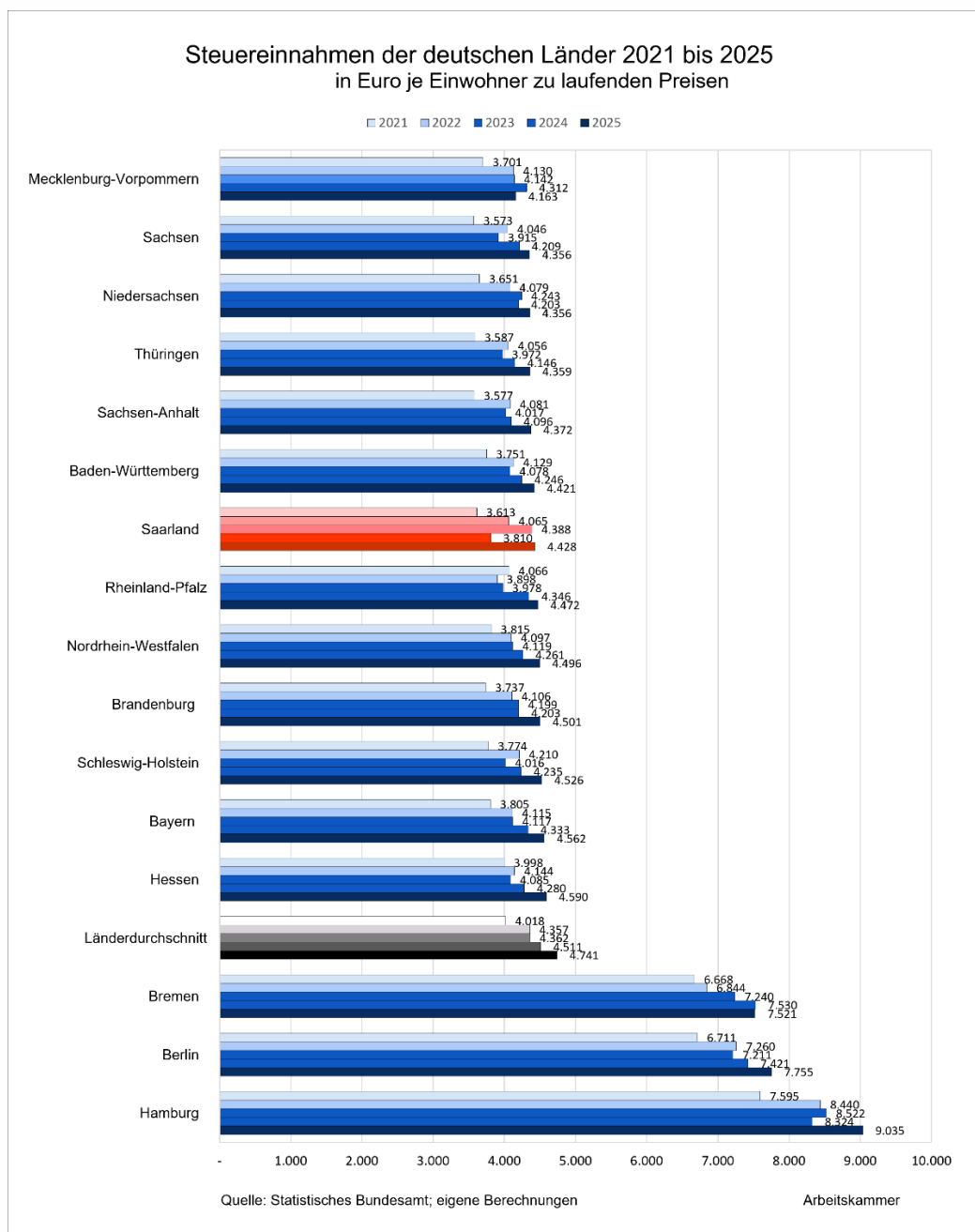
Angespannte Landes- und Kommunalfinanzen bremsen Investitionen

Das Saarland bleibt ein finanzschwaches Bundesland mit den höchsten Schulden unter den Flächenländern und eher schwachen Steuereinnahmen. Auch die Kommunen im Saarland verfügen über die schwächsten Steuereinnahmen in Westdeutschland und einen überdurchschnittlichen Schuldenstand. Ausdruck findet dies in der verhaltenen Investitionstätigkeit vor allem der Kommunen. Von einem Schließen der Investitionslücke (im Vergleich zum Länderdurchschnitt) kann weder beim Land noch bei den Kommunen die Rede sein.

1. Die steigenden Steuereinnahmen des Saarlandes sind auf statistische Verzerrungen durch die Einführung des One-Stop-Shop-Verfahrens (OSS-Verfahren) zurückzuführen. Aufgrund der Zuordnung eines umsatzstarken Unternehmens zum Saarland sind die Daten wenig aussagekräftig für die Einnahmesituation des Landes.
1. Die saarländischen Kommunen sind als finanzschwach einzuordnen, da sie – trotz Steigerungsraten – die geringsten Steuereinnahmen in Westdeutschland aufweisen. Ihre Einnahmen liegen 16,3% unter dem Durchschnitt aller deutschen Flächenländer.
2. Der Schuldenstand des Saarlandes ist weniger stark gestiegen als in anderen Bundesländern. Dennoch liegt er bei 186% des Länderdurchschnitts und ist der höchste Schuldenstand unter den Flächenländern.
2. Der kommunale Schuldenanstieg hält sich wegen der Absenkung der kommunalen Investitionen in Grenzen. Die saarländischen Kommunen könnten den Spitzenplatz bei den Schulden mit Hessen oder Nordrhein-Westfalen dauerhaft tauschen.
3. Hinter dem geringen Schuldenanstieg steht als wesentlicher Bestimmungsfaktor die Rückführung der kommunalen Kassenkredite im Saarland. In anderen Bundesländern haben die kommunalen Kassenkredite wegen der steigenden Finanzierungslasten dagegen zugenommen.
4. Die Kehrseite des moderaten Schuldenanstieges bei Land und Kommunen ist die Rückführung der Investitionen bei Land und Kommunen. Weiterhin liegen diese bei den Investitionen weit unter dem Bundesdurchschnitt und haben Investitionslücken von 1,4 Mrd. Euro (Land) und 2,4 Mrd. Euro (Kommunen) aufzuholen.
5. Immerhin konnte das Land das Investitionsniveau des Länderdurchschnitts erreichen, das es in der Zukunft halten sollte. Die Kommunen nehmen 2025 nach einem kurzen Aufschwung 2024 wieder die investitionsschwächste Stelle unter den Flächenländern ein, weil sie lediglich 53% des Durchschnitts dieser Länder investieren.
6. Die historisch große Deckungslücke bei den deutschen Kommunen hat 2025 einen neuen Rekord von 31,9 Mrd. Euro oder 7,54% erreicht. Diese Summe bzw. dieser Anteil fehlt in den kommunalen Haushalten, um die Ausgaben zu decken. Im Saarland fällt der negative Saldo im Vergleich moderat aus, weil die Investitionen stark gekürzt wurden.

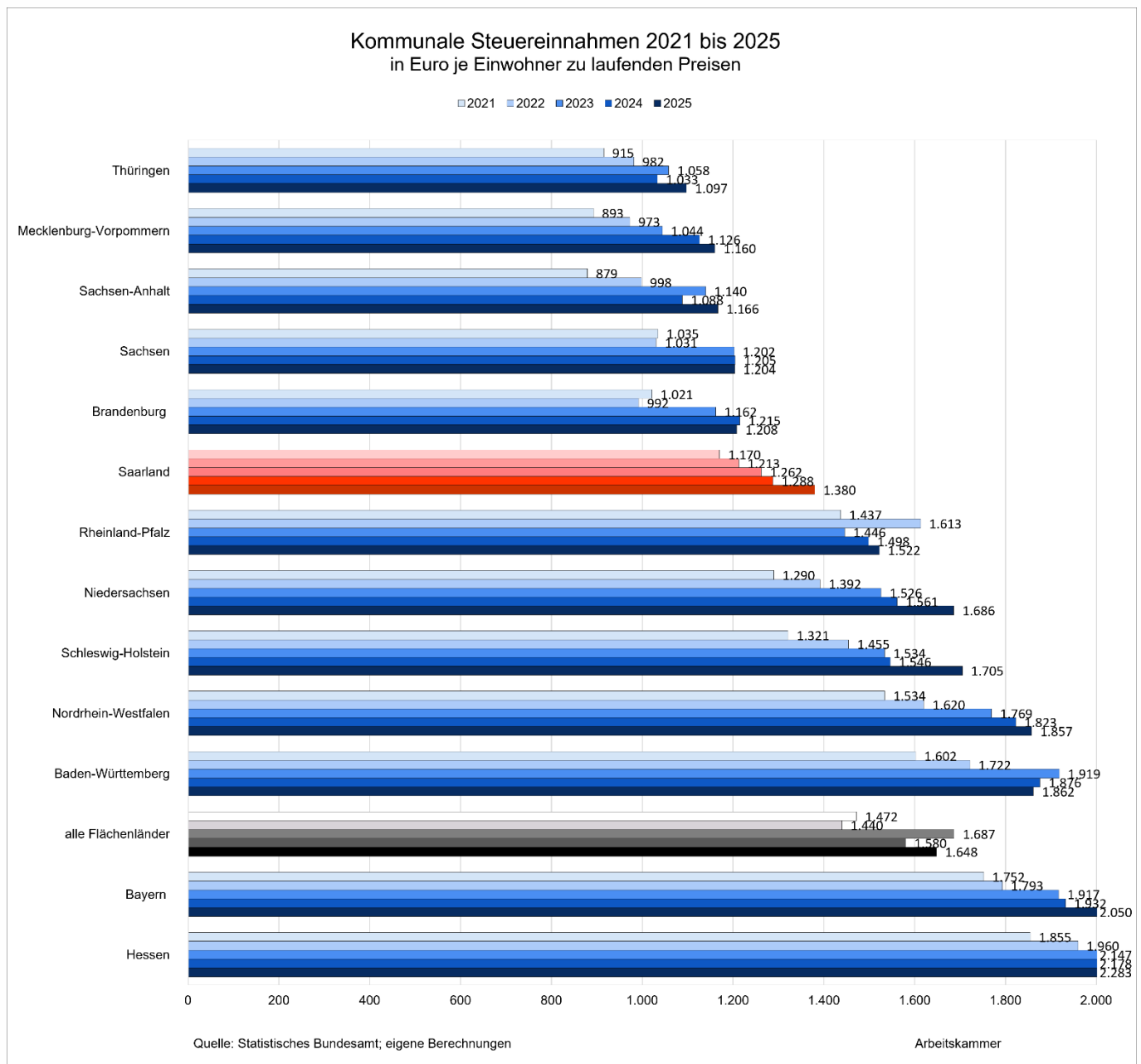
1. Steuereinnahmen Land

Die Steuereinnahmen des Landes spiegeln nicht unbedingt die wirtschaftliche Situation wider. Die starken Schwankungen der letzten drei Jahre gehen auf die Einführung des One-Stop-Shop-Prinzips (OSS-Prinzip) bei der Umsatzsteuer zurück. Hier wird ein umsatzstarkes Unternehmen zunächst im Saarland verbucht, später werden diese Steuereinnahmen aber wiederum verteilt. Diese Verzerrung macht die Beurteilung der tatsächlichen wirtschaftlichen und damit der staatlichen Einnahmesituation schwieriger. Im Jahr 2025 bewegt sich das Saarland im Ländervergleich vom letzten auf den 10. Platz. Die Wirtschaftsleistung des Saarlandes war aber 2025 im Ländervergleich am stärksten gesunken (um 0,9%). Seit 2008 ist das BIP des Saarlandes um 9,7% gesunken, während das BIP in Deutschland um 15,1% gestiegen ist. Die steigenden Steuereinnahmen sind wegen der Verzerrungen und der sinkenden BIP-Werte als Indikator für die Einnahmesituation des Landes anzuzweifeln.



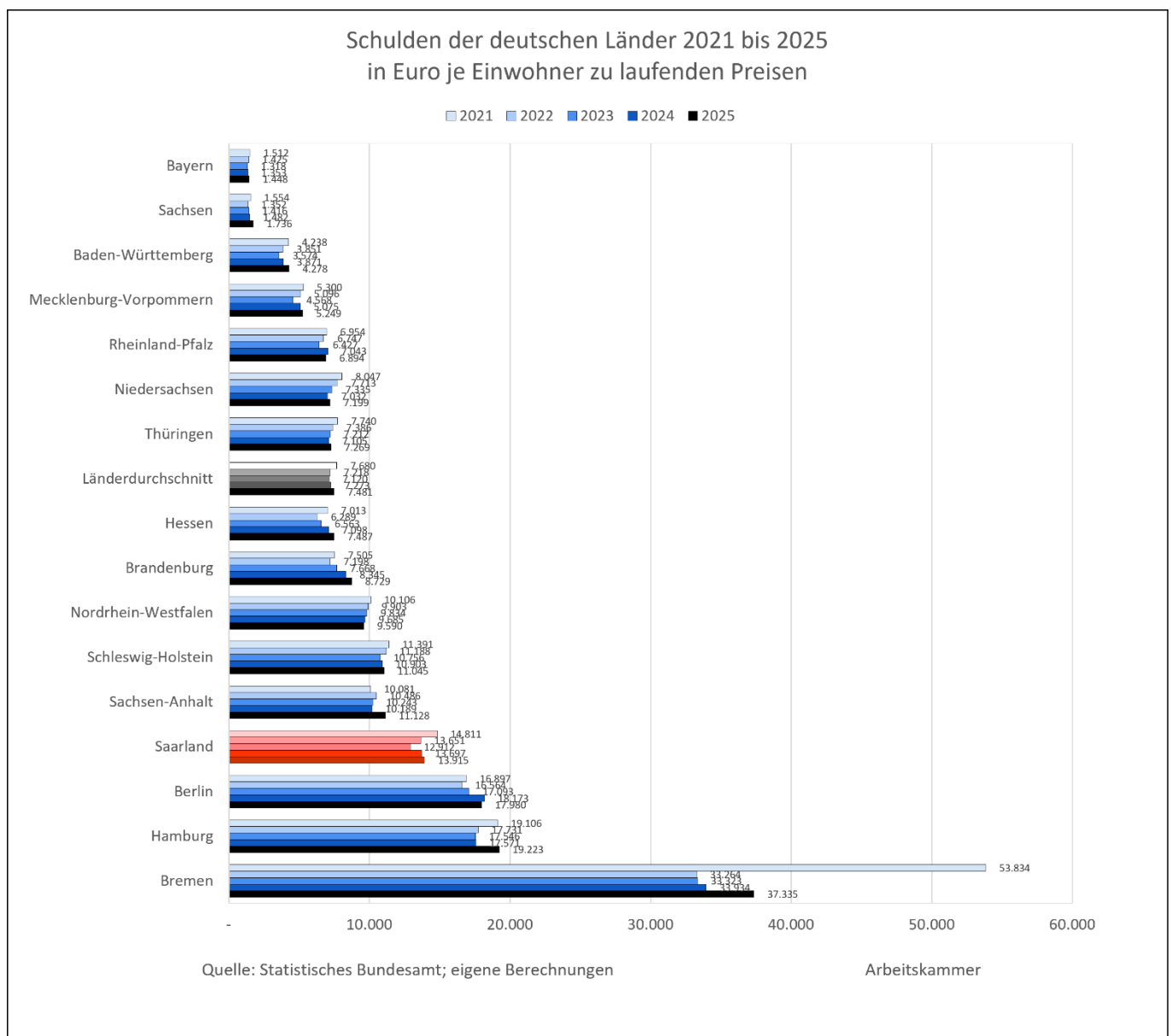
2. Steuereinnahmen der Kommunen

In den meisten Bundesländern – und so auch im Saarland – haben sich die kommunalen Steuereinnahmen 2025 wieder erhöht. Die saarländischen Kommunen haben aber weiterhin die geringsten Steuereinnahmen in Westdeutschland. Mit 1.380,- Euro je Einwohner liegen die kommunalen Steuereinnahmen im Saarland 16,3% unter dem Flächenländerdurchschnitt von 1.684,- Euro je Einwohner. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge sind damit nur auf niedrigem Niveau erfüllbar. In Anbetracht der historisch negativen Finanzierungssalden der Kommunen (siehe 9. und 10.) wurden starke Einschnitte bei den kommunalen Investitionen (siehe 8.) vorgenommen. Schwache Einnahmen und Einschnitte bei Investitionen dürften sich mittel- bis langfristig auf Infrastrukturerhalt, -umbau und damit das Transformationstempo auf kommunaler Ebene auswirken.



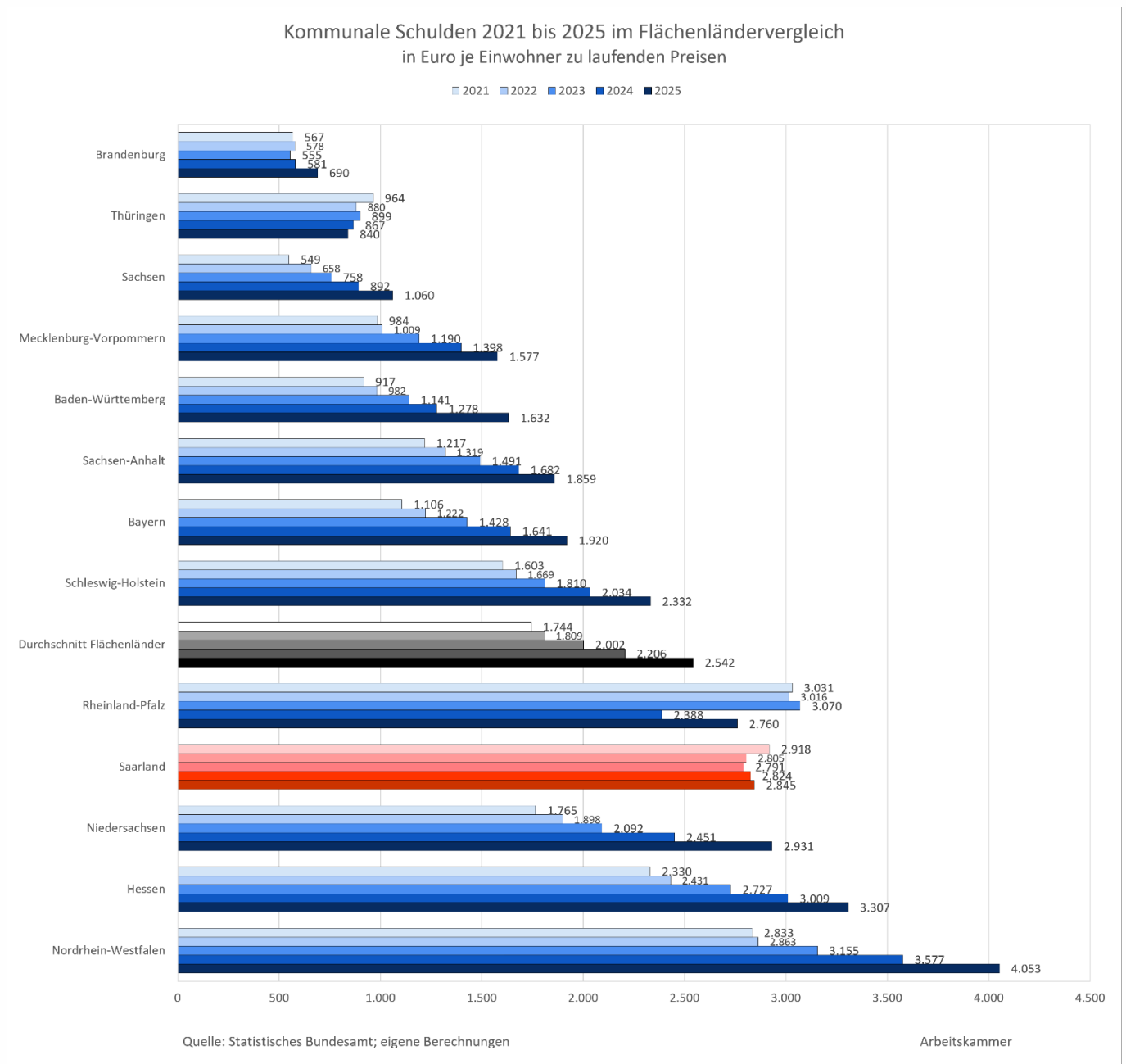
3. Schulden des Landes

Ein nur leichter Schuldenanstieg des Landes liegt im bundesdeutschen Trend. Dennoch bleibt das Saarland das nach den Stadtstaaten mit deutlichem Abstand am höchsten verschuldete Bundesland. Mit 13.915,- Euro Schulden je Einwohner beträgt der Schuldenstand 186% des Länderdurchschnitts von 7.487,- Euro je Einwohner. Weiterhin muss das Saarland die Kriterien des Stabilitätsrates erfüllen, um die Sanierungshilfe von 400,- Mio. Euro jährlich zu erhalten. Dazu zählt neben der Erfüllung von Kennzahlen auch die Tilgung von jährlich 80 Mio. Euro Schulden. Gewisse Entspannung versprechen die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klima sowie die neu für die Länder geregelten Verschuldungsgrenzen im Rahmen der Schuldenbremse.



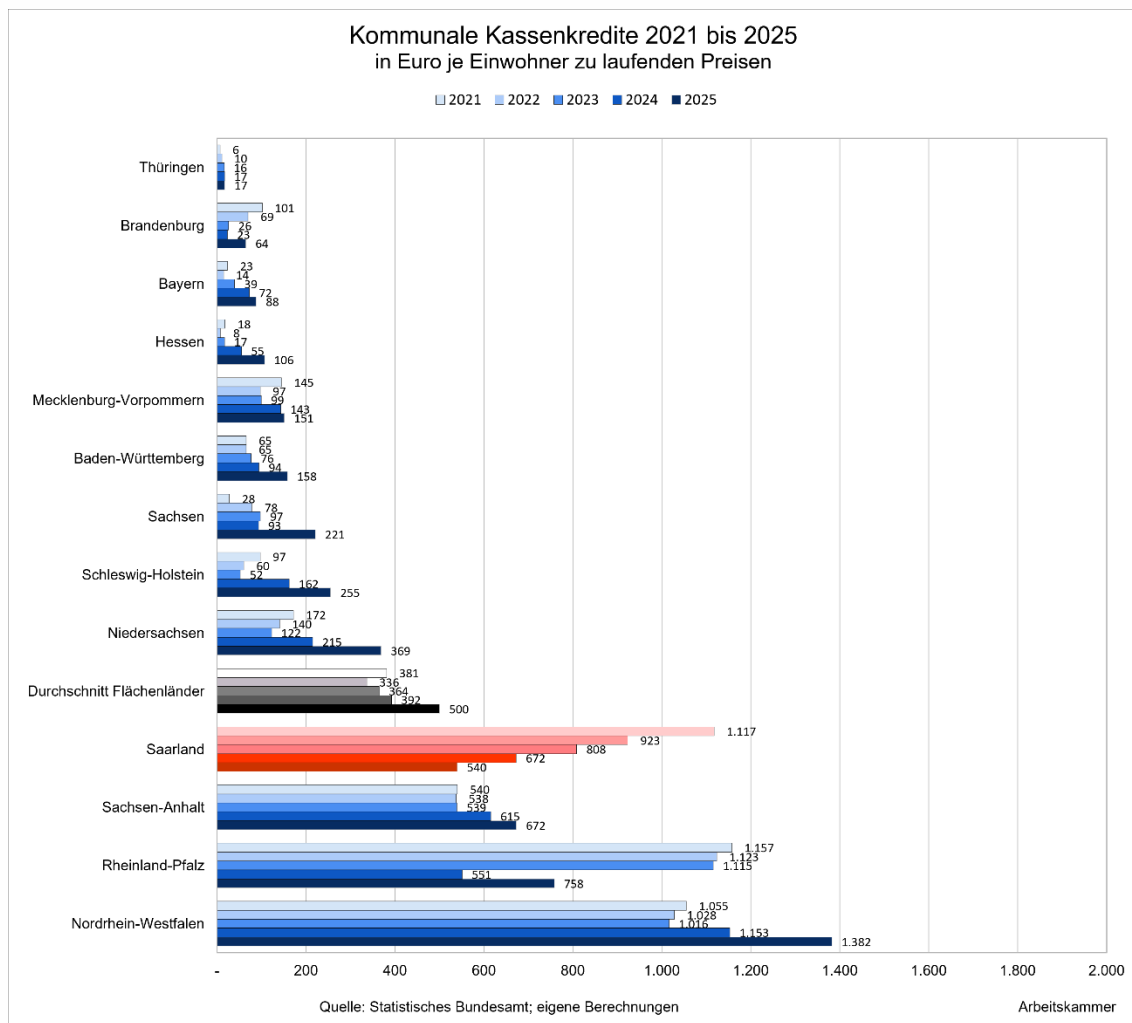
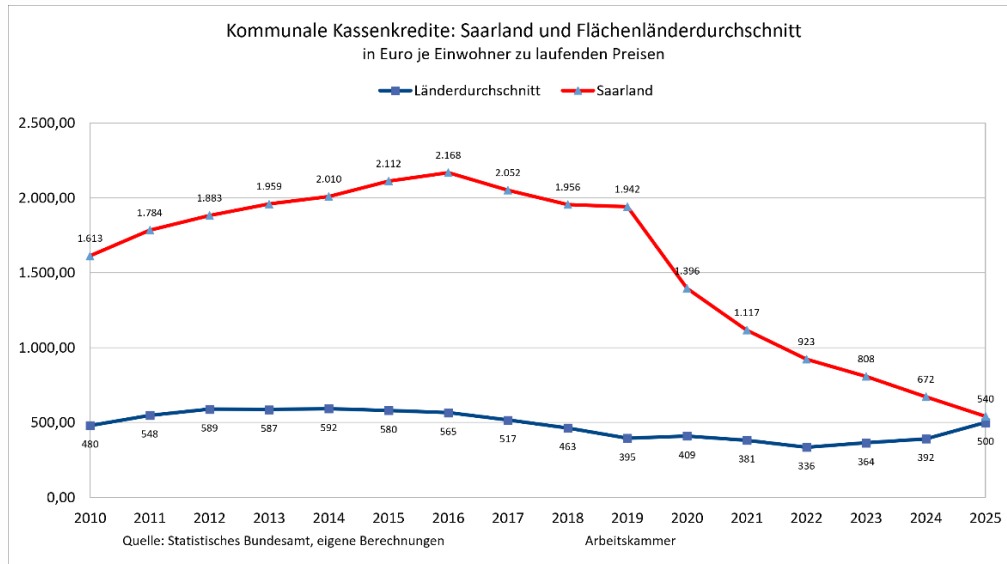
4. Schulden der Kommunen

Die Schulden der saarländischen Kommunen sind 2024 und 2025 nach der Rückführung in den Jahren davor wieder leicht gestiegen. Die Steigerungsrate von 1% fällt jedoch im Vergleich zu den Kommunen in den meisten anderen Flächenländern sehr moderat aus, denn im Flächenländerdurchschnitt sind die kommunalen Schulden um 9% gestiegen. Die saarländischen Kommunen rücken deshalb bei der Verschuldung vom drittschlechtesten auf den viertschlechtesten Platz unter den Flächenländern. Ein wichtiger Faktor dürfte dabei der Umgang mit kommunalen Kassenkrediten sein. Das Saarland führt diese trotz enger finanzieller Spielräume zurück, während die Kommunen in allen Ländern außer Thüringen deutliche Zuwächse bei den Kassenkrediten verzeichnen.



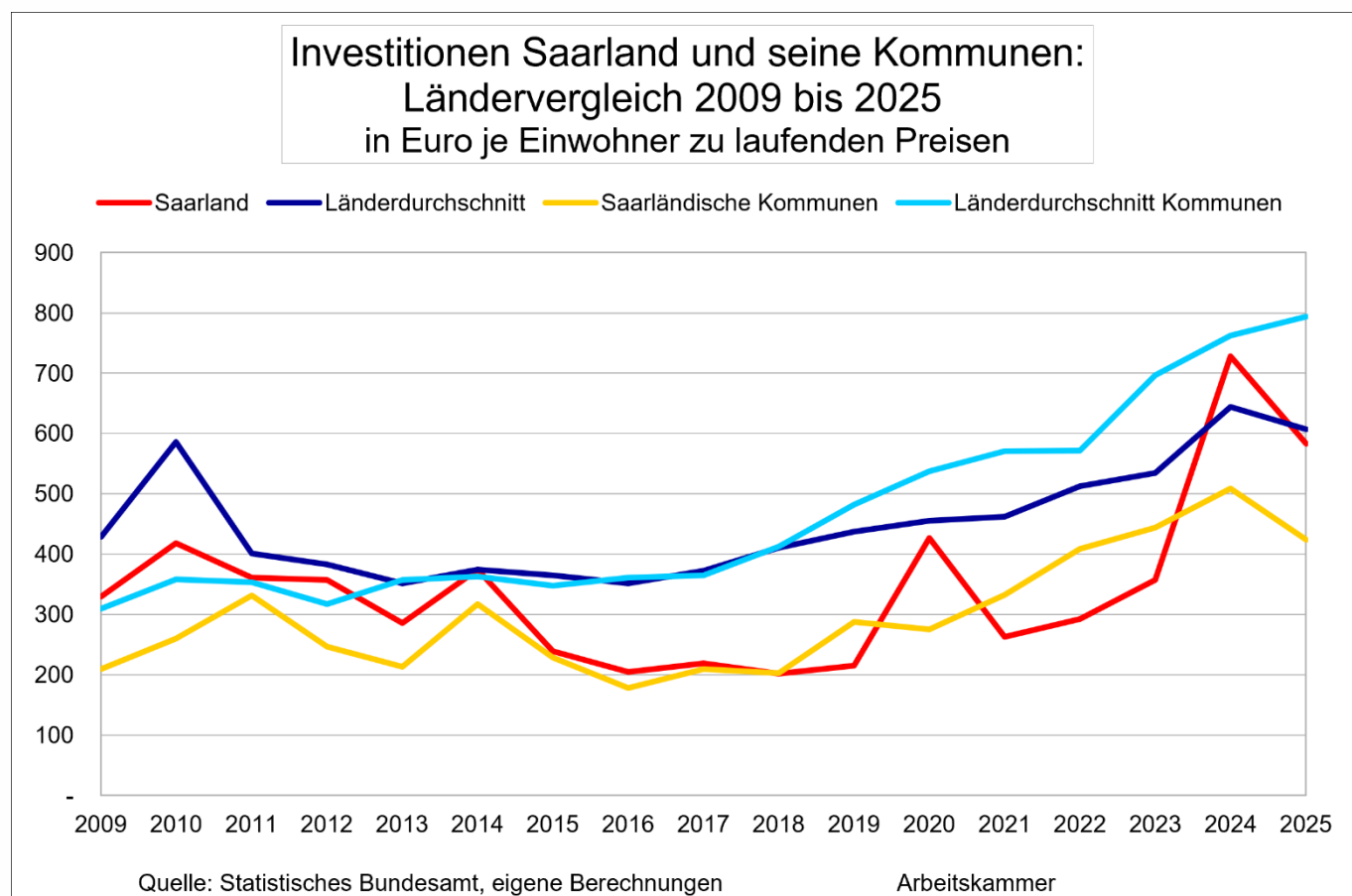
5. Kommunale Kassenkredite

Im Saarland ist es mit dem Saarlandpakt gelungen, das Niveau der kommunalen Kassenkredite von 490% des Flächenländerdurchschnitts innerhalb von sechs Jahren auf 108% zurückzuführen. Mit nur noch 540,- Euro je Einwohner wechseln die saarländischen Kommunen vom zweitletzten auf den viertletzten Rang der Flächenländer.



6. Investitionen von Land und Kommunen

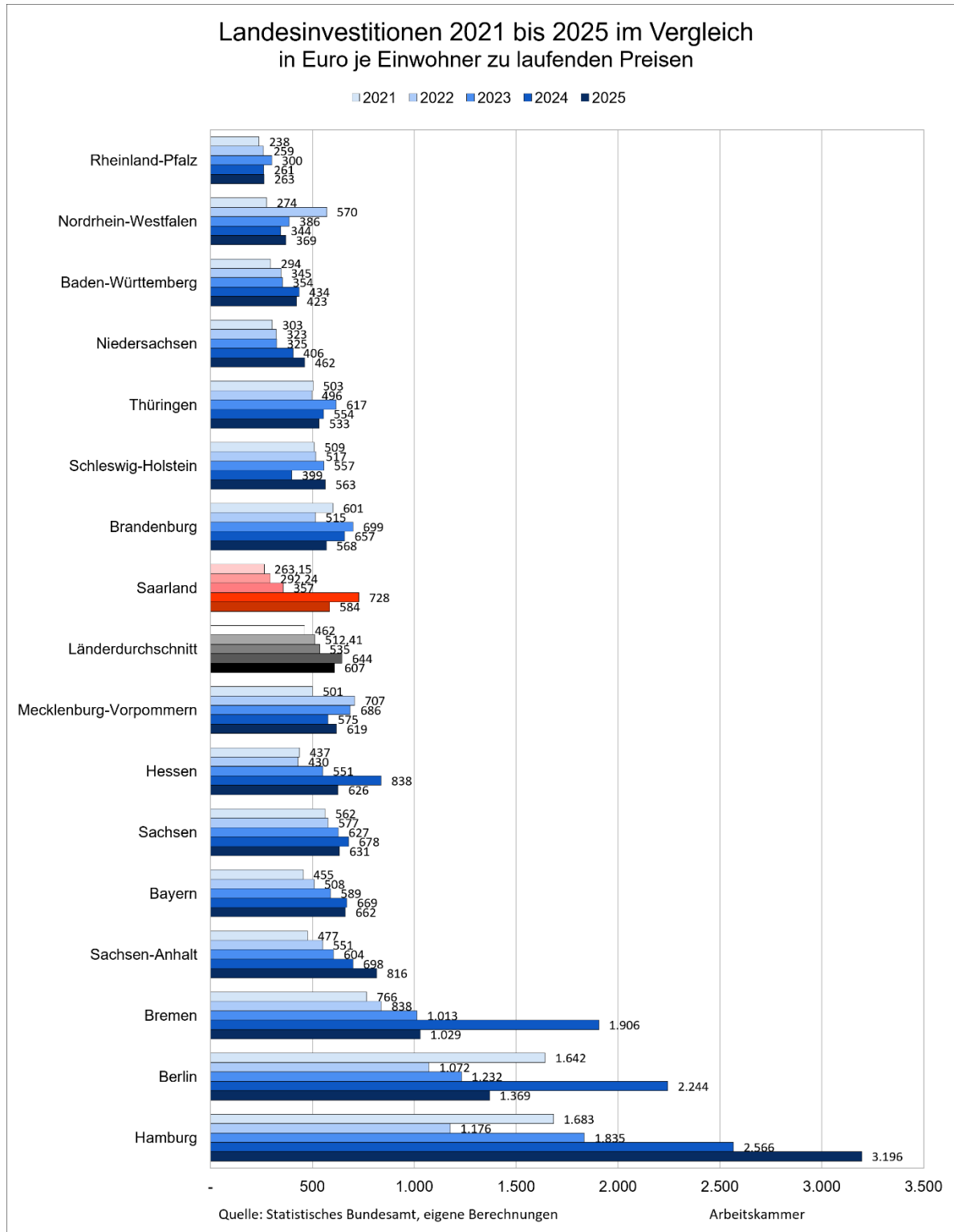
Die Investitionstätigkeit von Land und Kommunen im Saarland stellt inzwischen ein langfristiges Problem dar. Die Investitionstätigkeit beider Ebenen liegt seit 17 Jahren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Summiert man diese Investitionslücken zwischen 2009 und 2025 auf, so ergibt sich ein Investitionsdefizit für das Land von rund 1,4 Mrd. Euro und für die Kommunen von rund 2,4 Mrd. Euro.



Dem Land ist es in den Jahren 2024 und 2025 gelungen, die Investitionen über bzw. auf das Niveau des Länderdurchschnitts zu heben. Die Kommunen hatten seit 2020 ihre Investitionen gesteigert, konnten aber nicht an das Niveau des kommunalen Durchschnitts der Flächenländer heranreichen, da die durchschnittlichen kommunalen Investitionen in Deutschland genauso oder stärker gestiegen sind. Mit den Finanzierungsschwierigkeiten der kommunalen Haushalte seit 2024 (siehe 9.) brachen die kommunalen Investitionen im Saarland ein. Dafür fiel das Defizit 2025 bei den saarländischen Kommunen schwächer aus als im Großteil des Bundesgebiets (siehe 10.), und die kommunalen Kassenkredite gingen – ebenfalls gegen den Bundestrend – zurück (siehe 5.). Insgesamt wurde auf Kosten der Investitionen die Steigerung der kommunalen Gesamtverschuldung moderat gehalten (siehe 4.). Diese sparsame Finanzpolitik droht aber, die notwendigen kommunalen Investitionen aufzuschieben und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gefährden.

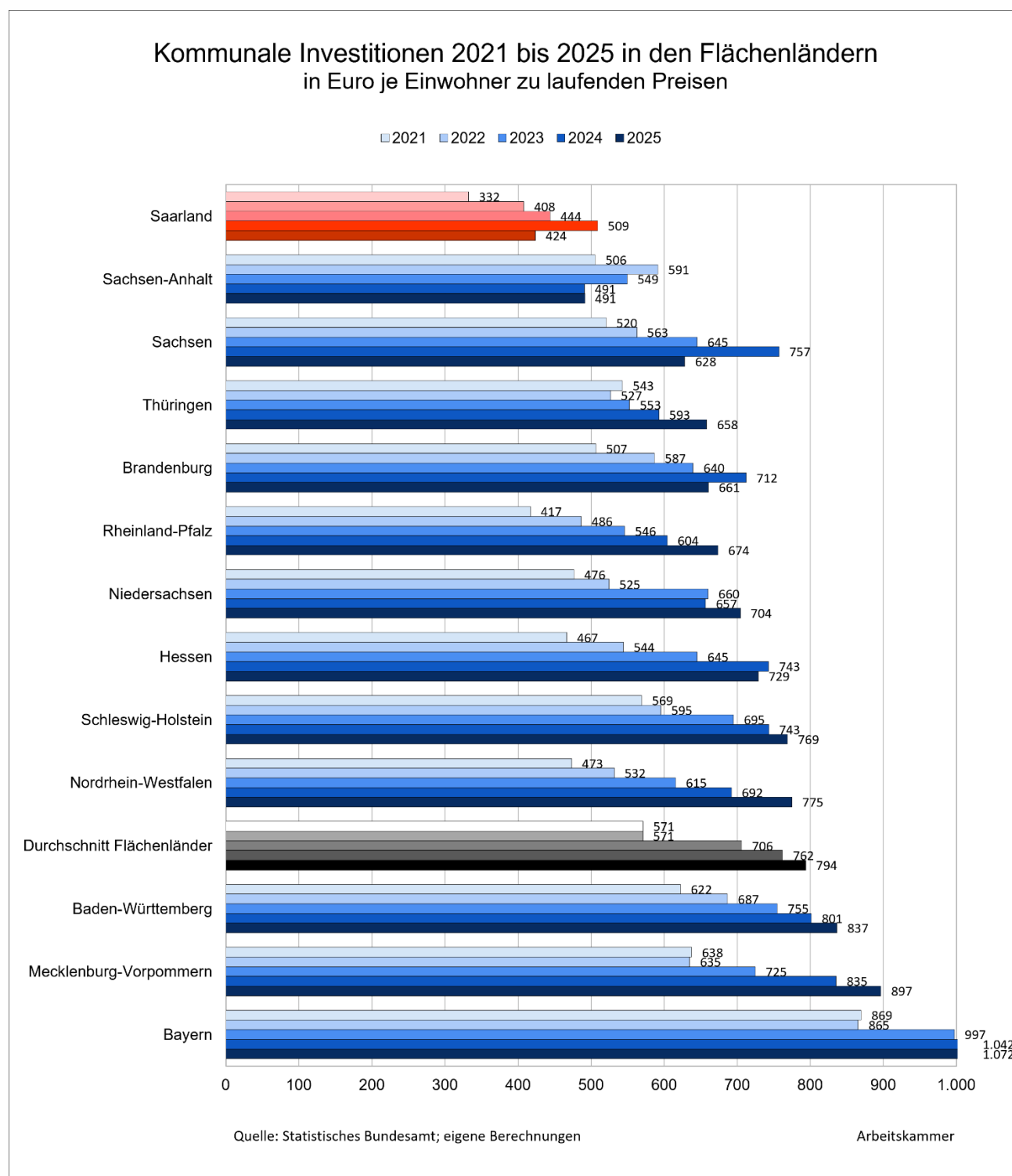
7. Investitionen des Landes

Bei den Investitionen des Landes rückt das Saarland nun ins Mittelfeld, nachdem es aufgrund der Rekordinvestitionen des Jahres 2024 kurzfristig auf Platz fünf der deutschen Länder vorgerückt war. Hier bleibt abzuwarten, ob die saarländische Haushaltsführung dauerhaft ein höheres Niveau bei den Investitionen wird halten können.

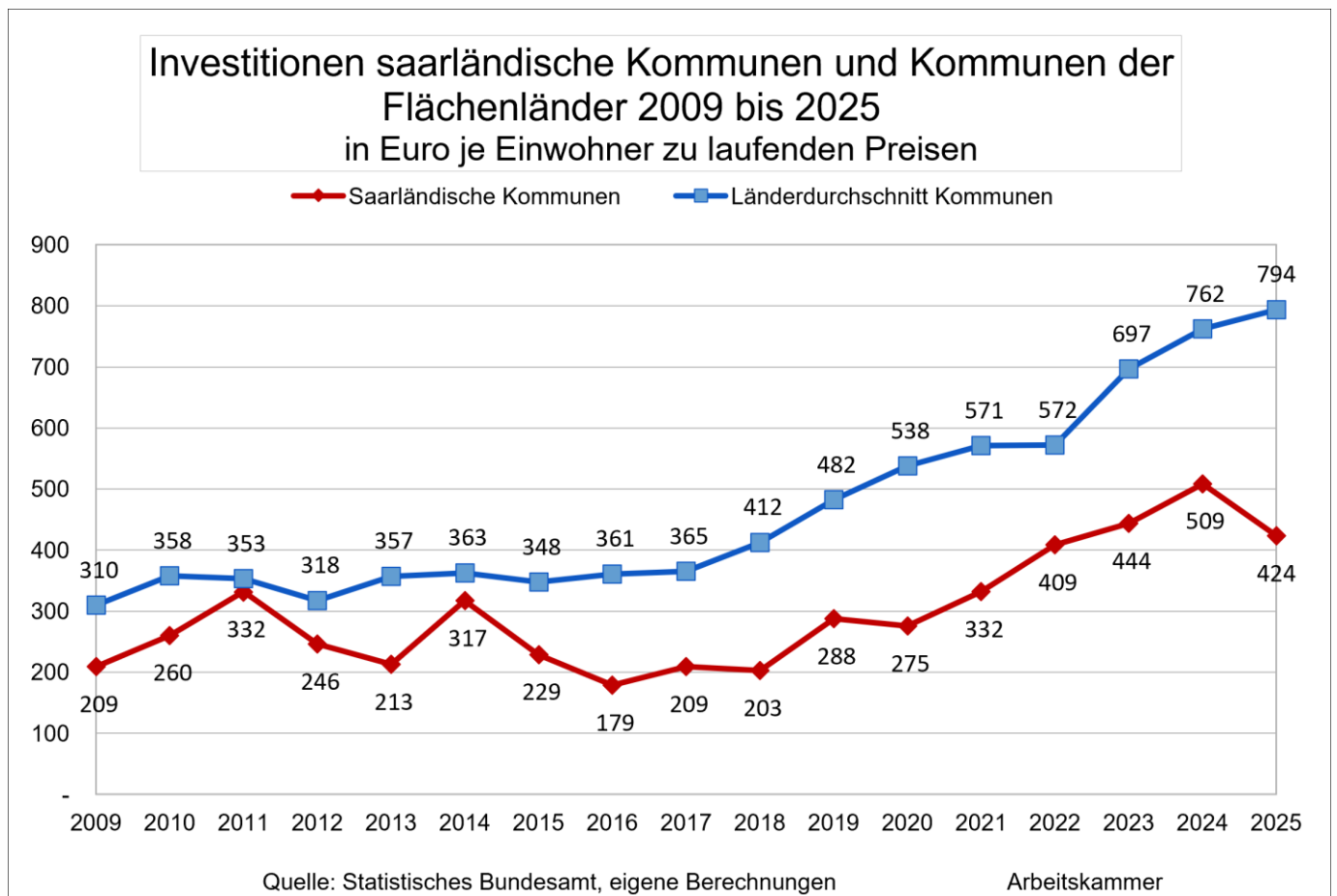


8. Investitionen der Kommunen

Die saarländischen Kommunen hatten 2024 den letzten Platz bei den Investitionen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt abgegeben. Nun haben die Finanznöte der Kommunen wieder Einschnitte bei den Investitionen bewirkt. Die saarländischen Kommunen investieren verglichen mit dem Flächenländerdurchschnitt am wenigsten. Mit 424,- Euro je Einwohner investieren sie nur gut 53% von dem, was im Flächenländerdurchschnitt investiert wird, nämlich 794,- Euro je Einwohner.

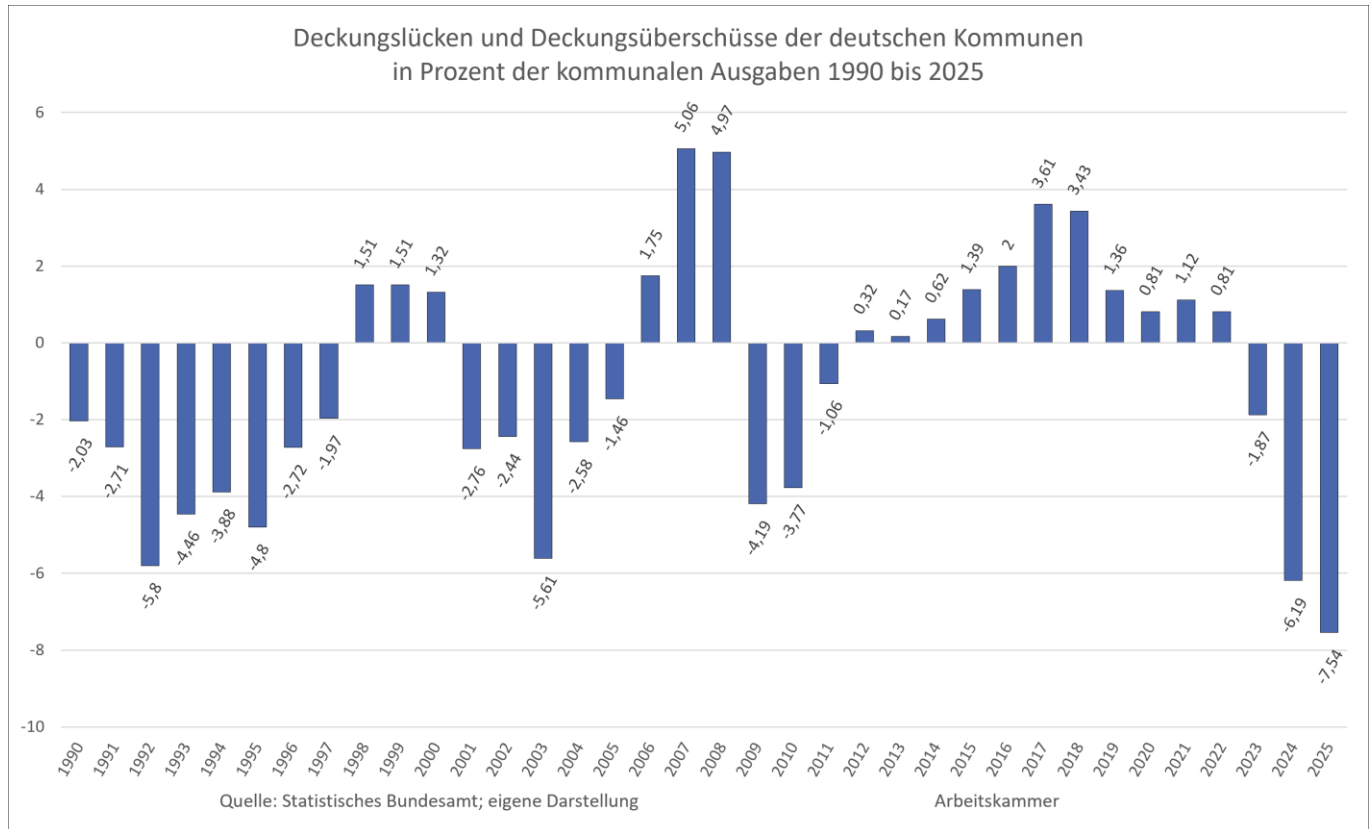


Betrachtet man den Verlauf der kommunalen Investitionen im Saarland und im Flächenländerdurchschnitt, so fällt auf, dass die Kommunen in allen Flächenländern zwischen 2009 und 2017 ihre Investitionen annähernd konstant gehalten hatten. Die Preisbereinigung der Werte zu laufenden Preisen zeigt einen klar stagnierenden Trend. Das bedeutet dass die Nettoinvestitionen bei Null lagen und nur Ersatzinvestitionen getätigt wurden. Damit liegt eine Erklärung für den flächendeckend schlechten Zustand der Infrastruktur in Deutschland vor. Im Saarland lagen die kommunalen Investitionen stetig unter dem Durchschnitt der Flächenländer und haben sich seit 2014 deutlich unterhalb dieses Durchschnitts bewegt. Mit zunehmenden finanziellen Verpflichtungen haben die saarländischen Kommunen den Weg der Kürzung von Investitionen gewählt, um die Verschuldung auf dem bestehenden Niveau zu halten und die Kassenkredite abzubauen. Die Wirkungen auf die Qualität der Daseinsvorsorge und damit die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse dürften in den kommenden Jahren spürbar werden.



9. Deckungslücken der deutschen Kommunen

Die deutschen Kommunen drohen finanziell in eine Dauerkrise zu geraten. Im zweiten Jahr in Folge weisen sie die seit 1990 höchsten Deckungslücken auf. 2024 konnten 6,19 % und 2025 sogar 7,54% der Ausgaben nicht von den Einnahmen gedeckt werden. Im Jahr 2024 mussten 24,8 Mrd. Euro und 2025 31,9 Mrd. Euro durch Kredite gedeckt werden.



Als Resultat sind die kommunalen Schulden im Flächenländerdurchschnitt seit 2022 (2023 war das erste Jahr mit einer Deckungslücke von 1,87%) um 40,5% von 1.809,- Euro je Einwohner auf 2.542,- Euro je Einwohner gestiegen. Entsprechend stiegen die Kassenkredite um 37,3%, was die kommunalen Haushalte wegen der hohen Zinslasten bei Kassenkrediten weiter einschränken dürfte.

Am 25.06.2026 wurde eine Einigung zur Veranlassungskonnexität („Wer bestellt, bezahlt.“) erzielt, die vorsieht, die finanziellen Mehrkosten durch ein neues Gesetz bei Ländern und Kommunen abzufangen. Bei Mehrkosten von mehr als 200 Millionen Euro soll der Bund davon 80% übernehmen. Die am gleichen Tage beratene Vorlage zum Länder- und Kommunalentlastungsgesetz sieht vor, dass der Bund von 2026 bis 2029 finanzschwache Flächenländer mit insgesamt 250 Millionen Euro jährlich bei deren Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen mit übermäßigen Kassenkrediten unterstützt. Eine Lösung für die bestehenden Finanzlücken ist damit nur bedingt gegeben. Zwar werden Entlastungen bei den Kassenkrediten vorgenommen und eine 80%ige Kostenübernahme für künftig durch neue Bundesgesetze entstehende Kosten der Kommunen getroffen. Die Finanzierung der bestehenden durch Bundesgesetze hervorgerufenen Verpflichtungen liegt aber weiter bei den Kommunen.

10. Finanzierungssalden nach Ländern

Der negative Finanzierungssaldo fällt bei den saarländischen Kommunen mit 120,- Euro je Einwohner moderat aus. Nur die thüringischen Kommunen haben wie auch im Vorjahr einen schwach positiven Finanzierungssaldo. Stand das Saarland 2024 noch mit lediglich 79,- Euro je Einwohner an zweitbesten Stelle hinter Thüringen, so hat sich die Situation 2025 deutlich verschlechtert. Vermutlich konnte der immer noch schwache negative Saldo von 120,- Euro je Einwohner nur durch deutliche Einschnitte bei den kommunalen Investitionen (siehe 8.) erreicht werden.

